

beitsobligatorisch, die Missionen Ungarbeiter zum sohn- drückenden Werkzeug der Kapitalisten machen soll.

Gemeinsam sind Hitler und Hugenberg für die Auf- rüstung.

Gemeinsam sind Hitler und Hugenberg für die Eroberung von Kolonien und die Unterdrückung fremder Völker.

In allen Prinzipien der Innen- und Außenpolitik in Deutschland herrscht zwischen den Deutschnationalen, also der Regierungspartei, und der NSDAP vollständige Übereinstimmung.

Der Streit zwischen beiden geht nur um die Beteiligungsquote an der Macht, um die Zahl der Minister und sonstigen Posten für die einzelne Partei. Wie sehr sie übereinstimmen, das sagt die "Deutsche Allgemeine Zeitung" in ihrem Parteititel am Montagabend:

"Der Reichskanzler von Papen würde weder an seiner Münchener, noch an der Kaderdorfer und Dortmundener Rede Erfülltes zu ändern gehabt haben, wenn in seinem Kabinett drei oder vier Nationalsozialisten lägen."

So ist es in der Tat. Ob Nationalsozialisten drinnen oder draußen — es ist ihre Politik, die Papen treibt, und die ganze Art der Goebbels und Hitler besteht ja darin, daß bisher diese Politik ohne direkte Nazibeteiligung gemacht wurde, daß Papen sich in das von den Nationalsozialisten "gemachte Bett gelegt" hat.

"Das, was sich jetzt in Deutschland abspielt, ist die Verwirklichung jener Politik, die Hugenberg als Führer der

Deutschnationalen und als Einheitsführer des faschisti- schen Kreises seit jeher anstrebt. Hugenberg's Politik, die er unter teilweiser Zerschlagung der eigenen Partei durchsetzte, um sich durch wachsende Einflussnahme auf die Hitlerpartei in der nationalsozialistischen Bewegung eine defio breitere Massenbasis zu schaffen, hat im Papen-Regime ihre reale Durchführung gefunden."

Mit dieser Feststellung hat Genosse Thälmann die Taktik Hugenburgs klar umrissen, und es ist nur eine sensationelle Be- stätigung der Feststellung des Führers der Partei des RVD, wenn wir mitteilen können, der Deutschnationale Abgeordnete Lanzenberg in der Sitzung des Erweiterten Bundesvor- stands der Deutschnationalen am 3. Oktober einerseits die Notwendigkeit betonte, die Mehrheit von Nazis und Zentrum zu zerstören, damit die Deutschnationalen eine Schlüsselstellung erhalten, andererseits besorgt warnte:

"Der Verfall der NSDAP ist eine große Gefahr, denn der größte Teil der Ab- wandernden wird zu den Nazis gehen, und nur ein kleinerer Teil wird zu uns stoßen."

Wohlgemerkt, das sagt ein deutschnationaler Führer, er ist bestürmt um das Schicksal der NSDAP, und da stoßen wir wieder auf die gleichen Sorgen Hitlers und Hugenburgs. Beide sitzen vor dem Abgang faschistischer Wählermassen zum Kommunismus. Beide werben sich gegen- seitig vor, daß ihre Politik "allionale Massen ins bolschewistische

Lager stoße". Beide sind bereit, nach vollzogener Wahl so offen und unverblümmt gemeinsam eine Regierung einzutreten, wie sie vor einem Jahre sich in "Faschismus und Bourgeoisie; Hitler, Hugenberg und Seelde mit dem Freiherrn von Gail, mit den Schatzmächen, Generaldirektoren und Bauschätzern, mit Generälen und kaiserlichen Hohelten, ja sogar mit dem Herrn Dr. Regenbogen, der als Vertreter der Nationalen Union an der Hamburger Tagung teilnahm und Hitler bestallt hat".

Die Volksfeinde von Hörburg sind gestellt! Wir werben sie nicht mehr aus der Zange lassen. Sie möchten durch das rhetorische Gesänk von heute abend ihre Anhänger nicht mehr lassen, doch in beiden Parteien von den Kapitalisten und Großaggressoren die Drähte gezogen werden. Über wir werden die hergeholt Anhängermassen des Faschismus mit der Maie davon stoßen. Der Wahlbetrag Hitlers und Hugenburgs soll, darf und wird nicht gelingen.

Treteet an die Mitglieder der Hitler- und Hugenberg-Partei, soweit es Werktätige sind, heran; es ist nicht so schwer, sie darüber aufzuklären, wie sie mißbraucht werden. Und wenn sie es erkennen, dann bleibt ihnen kein anderer Weg, als der Schritt zu der Front, wo um die Freiheit aller Schaffenden, wo um den Sozialismus gerungen wird: zur kommunistischen Partei!

**Nieder mit Hitler und Hugenberg! Nieder mit den Führern der Zülfenmechsen, die im Auftrag von P. J. S., London und New York zum Krieg gegen die Sowjetunion trommeln! Hebt Ihren werftigen Anhängern die Blinde von den Augen, erobert sie für die Teilnahme an unserem Kampf und für die Wahl der Linke 3, der RVD!**

## „Heute brennt es allenfalls...“

### Zentrumsführer Kaas enthüllt den wahren Sinn der SPD-Barole: Zurück zu Weimar — Zentrumsbefehl zum „Verfassungsumbau“

Der Zentrumsvorsteher Prälat Kaas hielt in Münster eine ausschließliche Rede, die sowohl die grundjährige Übereinstimmung des Zentrums mit der Papen-Regierung, als auch die tatsächlichen Differenzen mit ihr beleuchtet. Kaas bezeichnete die Außenpolitik Papens als verheerend. Lauter sei das Gegenteil eines Erfolges. Natürlich verschwieg er dabei, daß die Zentrumspartei vorbehaltlos für den Lautanner Pakt eingetreten ist. Zur Frage der „Antifaschismus“ erklärte Kaas, die Papen-Regierung habe „den Mangel an greifbaren Erfolgen durch optimistische Zwischenberichte vom wirtschaftlichen Kriegsschauplatz zu verdecken, die stark an die Zeit des U-Boot-Krieges erinnerten, wo man den Glauben der Massen durch gesetzte Scheiterfolge aufrechtzuerhalten suchte“. Die Angst des Zentrums vor der Radikalisierung der Arbeiterschaft brachte er mit folgenden Worten zum Ausdruck:

„Graut der Regierung von heute in sichtigen Augenblicken nicht vor den möglicherweise zu erwartenden Explosionswirkungen der Stimmungswende, die ein Mißerfolg der groß und zu groß angekündigten Entarbeitsmaßnahmen in den enttäuschten Massen auslösen könnte?“

Kaas legte dann im Namen des Zentrums ein grundjährliches Bekenntnis zum „Verfassungsumbau“ ab. Das Zentrum erstrebe eine „starke Reichsgewalt“, eine „autoritäre Demokratie“ und den „autoritären Staat“. Von den Plänen der Papen-Regierung, die das Zentrum praktisch unterstützen, trennt es lediglich der Wunsch nach einer stärkeren parlamentarischen Verbrahmung der kapitalistischen Herrschaftsmethoden. Besonders bezeichnend war das Eingeständnis, daß die Weimarer Republik das kapitalistische Eigentum gerettet hat.

Mit allem Nachdruck stellte sich der Zentrumsführer hinter den Koalitionsabschluß mit den Nazis. Er erklärte:

„Unmittelbar nach Besetzung des Kabinetts Brüning habe ich dem Herrn Reichspräsidenten gegenüber in den eindrücklichsten Worten die sogenannte Totallösung, das heißt eine Kabinettsscheidung unter Einbeziehung der Nationalsozialistischen Partei, als die einzige tragfähige und der Gesamtlage entsprechende bezeichnet.“

Brachte die Rede von Kaas nochmals die volle prinzipielle Übereinstimmung des Zentrums mit der Papen-Regierung in den entscheidenden Fragen zum Ausdruck, so spiegelte sie anders

sich auch die Stimmen jener Telle der Bourgeoisie wider, die aus Furcht vor der anwachsenden Revolutionierung der Arbeiterschaft „gemäßigteten“ Methoden bei der Durchführung der kapitalistischen Herrschaft das Wort reden. Kaas führte aus:

„Wir werden die Regierung, auf diesem Wege weiterzu- gehen... Von der Paragraphenrevolution vor über bis

zur Barricadenrevolution von unten ist der Weg weniger weit, als manche glauben... Der Brüning-Regierung ist es zwei Jahre gelungen, schwere Lohn- und sozialpolitische Maßnahmen durchzuführen, ohne daß ein einziger Streik aufflammte. Heute brennt es ebensohalb.“

Durch diese Ausführungen wird nochmals die arbeiterfeindliche Rolle der RVD gellt beleuchtet, die mit Brüning durch dick und dünn gegangen ist zur Durchführung einer Politik, die heute von Kaas als die vom Standpunkt der Bourgeoisie beste Politik angepriesen wird. Gleichzeitig zeigt sich darin der wahre Sinn der SPD-Barole „Zurück zu Weimar!“ Der Kampf zwischen der „Weimarer Front“ und Hugenberg-Hitler geht lediglich um die Frage, welches die besseren Methoden zur Niederkunft der Arbeiterschaft sind. Was sie alle wollen, das ist die Rettung des kapitalistischen Systems. Was sie alle fürchten, das ist die wachsende Kampfesfertigkeit der Arbeiterschaft.

### BVG.-Kollegen, Alarm!

## Zlieger hilft beim Lohnabbau

### BVG.-Direktion besteht auf Lohnabbau / Zlieger lehnt Einberufung von Vollversammlungen ab

Gestern fand die Arbeiterratssitzung der BVG statt. Die roten Arbeiterräte hatten den Antrag gestellt, sofort Vollversammlungen einzuberufen, um zum Streik gegen die Lohnabbauforderungen der Direktion Stellung zu nehmen. Aber Zlieger und die reformistisch-christliche Arbeiterratsmeiheit wollen die Streitvorbereitungen der Kollegen durchkreuzen. Zlieger brachte es fertig, die Abstimmung über den Antrag der roten Arbeiterräte zu verhindern.

Wie er mittelte, hat die Direktion ihre alten Forderungen zurückgezogen, aber sofort neue Lohnabbauforderungen gestellt. Sie fordert jetzt ein Senkung der Löhne um 2 Prozent. Außerdem besteht sie auf dem Abbau der Fahrer- und Zugabfertigungszulagen sowie der Frauen- und Kinderzulagen. Die Höhe des Abbaus der Zulagen will sie aber erst bekanntgeben, wenn sie den sprozentigen Abbau durchgesetzt hat.

2 Prozent, das würde bedeuten für die Handwerker einen Abbau der Stundenlöhne um 8,5 Pfennig, für die Fahrer und Schaffner um 8 Pfennig, für die Angelernten um 7,6 Pfennig, für die Ungelehrten um 7,2 Pfennig, für die Fabrikarbeiterinnen um 6,3 Pfennig und für die Reinemachefrauen um 5,5 Pfennig.

Die Gesamtverbandsbürokratie hat sich bereits grundjährlich

mit Lohnabbau einverstanden erklärt. Sie verlangt, daß die abgebauten Löhne der Gasarbeiter als Grundlage genommen werden. Zlieger erklärte, daß Vollversammlungen jetzt völlig überflüssig seien, da man über die neuen Abbauvorschläge einverhandeln müsse.

Die Kollegen dürften anderer Meinung sein! Ihre Barole ist: „Kein Lohnabbau gibt es kein Verhandeln mehr!“ Sie müssen selbst die Organisierung des Kampfes in die Hand nehmen, auf allen Dienststellen Versammlungen durchführen und einheitliche Kampfausschüsse wählen.

## Streifzüge unter RGD.-Führung

Düsseldorf, 18. Oktober. (Sig. Drachbericht). Unter Führung der RGD wurden im Hochöfenwerk der Dortmunder Union außer der täglichen Lohnzählerhöhung vom 10. Oktober durch Arbeitsniedrigung sechs Prozent Lohnzählerhöhung erfämpft.

Im Walzwerk 4 der Dortmunder Union wurde unter Führung der RGD die Zulenkennung der Prämienfertigung (60 auf 40 Prozent) erreicht. Außerdem die Gußhöhe von 25 Tonnen pro Kopf und Tag erfämpft, was eine Lohnzählerhöhung von 50 Prozent ausmacht.

Im Hochofenwerk Dortmund wurde der Lohnzähler unter Führung der RGD zurückgeschlagen. Der alte Lohn wird weitergezahlt, trotz Gewinnzurücknahmen.

## Wieder Röfe-Güsse-Rundgebung aufgeöffnet

### Eine mißglückte Verhaftung

Gestern abend landete im Frankfurter Hof im Berghaus Offen eine gut bekannte Versammlung der Roten Hilfe statt. Als ein Jugendgenosse an den Schrank seiner Rede gekommen war, wollte der überwachende Offizier ihn verhaften. Der Genosse verschwand vom Podium, worauf die Polizei alle Eingänge spererte, ohne ihn aufzufinden zu können. Mittwoch in der nach folgenden Rede des Genossen Domschke sollte der überwachende Polizeioffizier die Versammlung auf und ließ die Polizei den Saal räumen. Bei dieser Gelegenheit ist der Jugendgenosse nicht verhaftet werden sollte, unerkannt entkommen. Trotz der vorsichtigen Schließung wurden nicht weniger als 30 Menschen angespielt, um die Rote Hilfe erreicht.

## Englisches Reichsbannerarbeiter

Düsseldorf, 18. Oktober. Gestern verteilt in der Nähe des Hauses Salzhausen 12 Reichsbannerarbeiter Flugblätter. Ein Nazi überfielen die Flugblätterverteiler und gaben Schüsse ab. Ein Reichsbannerarbeiter wurde lebensgefährlich durch Faustschuß verletzt. Obwohl das Polizeirevier in der Nähe war, griff die Polizei nicht ein, so daß die Täter entkommen konnten.

## Großbetriebe in der Streiffront

Seit dem 8. Oktober steht die etwa 900 Mann starke Belegschaft der Bayerischen Motorenwerke, des größten Metallbetriebes in München, im Streik. Die Direktion wollte auf Grund der Notverordnung einen Lohnabbau von 20 Prozent durchführen. Massenstreikposten, die unter Mitwirkung des Kommandobundes gegen den Faschismus organisiert wurden, haben die Zugänge zum Betrieb besetzt. Beregbarlich hat die DMW-Bürokratie bisher versucht, die Streikfront zu zerlegen. Sie schickte den Betriebsratsvorsitzenden zum Landesrichter, um ihn zum Eingreifen zu bewegen. Dieser empfahl neue Verhandlungen mit der Direktion. Aber die streikenden Kollegen sind entschlossen, bis zum vollen Sieg zu kämpfen. Da die Direktion beabsichtigt, Streikbrecher aus Berlin anzuwerben, ist es Aufgabe der Berliner Erwerbslosen, Solidarität zu üben und die Vermittlung von Streikbrechern zu verhindern.

Die Direktion der Fettepinnelei Bau und Schweiz kündigte der 600 Mann starke Belegschaft 27 bis 30 Prozent Lohnabbau von der 31. bis 40. Stunde und Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden an. Auf Initiative der RGD trat die Belegschaft am 14. Oktober in passiver Resistance. In der folgenden Betriebsversammlung wandte sich der Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes, König, gegen einen Streik. Die Belegschaft erzwang die Zulassung eines RGD-Verteidigers und stimmte gegen wenige Stimmen für den Streik.

Die 800 Mann starke Belegschaft der Schnürbahn Rielke, des größten Schnürbetriebes in Düsseldorf, trat am

14. Oktober in den Streik gegen Lohnabbau auf Grund der Notverordnung.

In Reutlingen (Württemberg) steht die Belegschaft der Textilfabrik Emil Adolphe G. mit etwa 800 Mann seit dem 13. Oktober in passiver Resistance. Der Kampf richtet sich gegen den zehnprozentigen Lohnabbau für die 38. bis 40. Stunde.

Einen Solidaritätsstreik für die Belegschaft des kreisfreien Schwesterbetriebes in Neu-Gersdorf führt die Belegschaft des Textilbetriebes Rosjek in Georgsmarien (Sachsen). Zum Ehemalig sind die Belegschaften der Strumpffabrik Jahn und der Teppichfabrik Löwenthal unter Führung ihres gewählten Stellvertreters gegen Notverordnungslohnabbau und Abbau übertariflicher Löhne am 14. Oktober in den Streik getreten. Am selben Tage nahm in Dresden die Belegschaft der Steingutfabrik Görnewitz ebenfalls unter selbst gewählter Kampfleitung den Streik gegen den 20prozentigen Lohnabbau auf. Seit dem 13. Oktober steht bereits die Belegschaft der Glasmannufaktur Rehwein (Sachsen).

In Leipzig wurde am 15. Oktober bei der Firma Weidbach und bei den Baumwolle Börmme und Peuse der Streik gegen Notverordnungslohnabbau ausgelöst. Die Belegschaft der Konsumfeinware in Connewitz (Sachsen) ist am 14. Oktober gegen Lohnabbau in passiver Resistance getreten.

In Halle und in Götha traten am 15. Oktober die Bauarbeiter mehrerer Baustellen gegen Lohnabbau in Streik.